

## Weniger Geld für Dublin-Fälle?

elo. BERLIN, 16. Dezember. Die deutschen Ministerpräsidenten fordern vom Bund, die Sozialleistungen für sogenannte Dublin-Fälle unter den Asylbewerbern einzuschränken. Bei ihrem jüngsten Treffen haben die Ministerpräsidenten einen Beschluss gefasst, die Bundesregierung möge mit einer Gesetzesinitiative dafür sorgen, dass Asylbewerber, die bereits in einem anderen Land der EU Asyl beantragt haben, in Deutschland nur noch gekürzte Leistungen bekommen. Das berichtet die Zeitung „Welt am Sonntag“ unter Bezugnahme auf den Beschluss. Ziel der Forderung ist es, für Asylsuchende die Weiterwanderung, deren Ziel häufig Deutschland ist, weniger attraktiv zu machen. Das Dublin-Verfahren schreibt vor, dass ein Asylsuchender in dem Land Asyl beantragt, in dem er den Boden der EU erstmals betritt, in der Regel sind das südeuropäische Länder, vor allem Griechenland und Italien. Viele Asylsuchende ziehen anschließend jedoch weiter nach Deutschland. Von dort müssen sie laut Dublin-Vorschrift in das Land zurückgeschickt werden, in dem sie ihren ersten Antrag gestellt haben, was allerdings häufig nicht geschieht.

## Leyen: Flugbereitschaft wird ausgebaut

BERLIN, 16. Dezember (dpa). Die Bundeswehr will Konsequenzen aus der Panne beim Flug von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zum G-20-Gipfel in Buenos Aires ziehen. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) sagte der „Bild am Sonntag“: „Dass die Kanzlerin verspätet zu G20 kam, war bitter. Damit sich so etwas nicht wiederholt, stocken wir jetzt bei den Besatzungen auf und prüfen die Beschaffung von ein oder zwei weiteren Flugzeugen für die Langstrecke.“ Der Planen-Airbus selbst soll demnächst wieder in Dienst gehen.

Merkel musste Ende November ihre Anreise zum Gipfel in Argentinien unterbrechen, weil das Funksystem des Regierungsflugzeugs ausfiel. Da der Luftwaffe keine einsatzfähige Crew der Flugbereitschaft zur Verfügung stand, konnte sie die Kanzlerin nicht mit einem anderen Flugzeug rechtzeitig zum G-20-Gipfel fliegen. Merkel will auf einen Linienflug aus. Künftig soll deshalb laut dem Bericht bei besonders wichtigen internationalen Terminen wie G-20-Gipfeln oder Nato-Treffen eine komplette Flugzeug-Crew als Notfallreserve bereitstehen. Von der Leyen will ihre Pläne für eine Erweiterung der Flugbereitschaft am Mittwoch im Kabinett vorstellen.

## Südwest-SPD will Volksbegehren zu Kitas

rs. STUTTGART, 16. Dezember. Die baden-württembergische SPD will von Januar an Unterschriften für ein Volksbegehren für gebührenfreie Kindertagesstätten und Kindergärten sammeln. Das hat der Landesvorstand der Partei am Wochenende einstimmig beschlossen. Damit ein Volksbegehren erfolgreich in den Landtag eingebracht werden kann, müssen ein Zehntel der 7,6 Millionen Wahlberechtigten unterschreiben. Für den Antrag müssen in einer ersten Stufe 10 000 Unterschriften vorliegen. Der Ende November gewählte SPD-Landesvorsitzende Andreas Stoch sagte zur Begründung des Vorhabens: „Durch das Gute-Kita-Gesetz von Familienministerin Franziska Giffey gibt es jetzt überhaupt keine Ausrede mehr für die Regierung Kretschmann, nicht in die Beitragsfreiheit einzusteigen.“ Denn das Land erhalte nun vom Bund bis zum Jahr 2022 rund 718 Millionen Euro für die frühkindliche Bildung. Findet das Volksbegehren eine Mehrheit, muss der Landtag es behandeln. Lehnt er es ab, kann es eine Volksabstimmung über den Gesetzentwurf geben. Für eine Annahme des Gesetzes muss er eine Mehrheit bekommen. Mindestens müssen sich ein Fünftel der stimmberechtigten Bürger für ihn aussprechen. Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann hält kostenlose Kindergärten und Kindertagesstätten mit etwa 700 Millionen Euro für nicht finanzierbar.

# Erinnerungen an Napoleon

Gegen die Reformpläne des Trierer Bischofs Stephan Ackermann wächst der Widerstand – Kritiker sorgen sich um das Gemeindeleben und das Vermögen der Pfarreien.

Von Tobias Schrörs

FISCHBACH/TRIER, im Dezember aral Cronauer konnte es nicht fassen. „Die begehen Selbstmord“, dachte er. Der Vorsitzende des Rates der Pfarreiengemeinschaft Quierschied saß an seinem Schreibtisch, als er im Frühjahr 2017 im Internet las, was der Trierer Bischof Stephan Ackermann und seine Gremien beschlossen hatten. „Plötzlich stand da, dass die knapp 900 Pfarreien im Bistum aufgelöst werden und von 2020 an in 35 „Pfarreien der Zukunft“ aufgehen sollen“, sagt er. Sofort rief der 61 Jahre alte Jurist einen Freund an. Auch der konnte es nicht glauben. Wenn es so kommen würde, da waren sich beide einig, sei es um die Kirche geschehen. Am Abend jenes Tages konnte Cronauer kaum einschlafen. Was sollte aus seiner Heimatpfarre St. Josef im saarländischen Fischbach werden?

In vielen deutschen Bistümern werden seit mehr als zehn Jahren Pfarreien zusammgelegt, weil sonntags zu viele Plätze in den Kirchen leer bleiben und nur wenige junge Priester nachkommen. Nach Angaben der Deutschen Bischofskonferenz ist die Zahl der Kirchengemeinden seit 1990 um knapp ein Viertel gesunken – und sie wird weiter zurückgehen. Allerdings ist der Bruch mit dem, was war, in Trier besonders radikal. St. Josef Fischbach etwa würde in der „Pfarrei der Zukunft“ Saarbrücken aufgehen. Mit knapp 100 000 Katholiken wäre sie die größte Pfarrei Deutschlands.

Man habe sich für einen „ganz großen Sprung“ entschieden und nicht für einen Prozess in mehreren Schritten wie etwa im Bistum Osnabrück, sagt der Pastoraltheologe Martin Lörch von der Universität Trier, der auch dem Domkapitel angehört. 280 Pfarreien stellen sich mit der Initiative „Kirchengemeinde vor Ort“, deren Sprecher Cronauer mittlerweile ist, gegen die Fusionierung der Kirchengemeinden. Bei einer Demonstration im Oktober in Trier zählte die Polizei rund 1000 Teilnehmer.

Dabei hatte alles so gut angefangen. 2013 hatte Ackermann eine Synode einberufen, die über die Zukunft der Kirche von Trier nachdenken sollte. So etwas hatte es in einer deutschen Diözese seit knapp einem Vierteljahrhundert nicht gegeben. Allerdings durften die rund 280 Priester und Laien nur beraten, wengleich der rechtliche Rahmen ihren Empfehlungen ein besonderes Gewicht gab. Nach fast drei Jahren rieten sie ihrem Bischof im Mai 2016 zu vier Perspektivwechseln. Die Kirche solle vom Einzelnen her denken, Charismen vor Aufgaben in den Blick nehmen, weite pastorale Räume einrichten und netzwerkartige Kooperationsformen verankern sowie das synodale Prinzip lebendig erhalten. Zu Strukturfragen empfahl die Synode nur zweierlei: rund 60 „Pfarreien der Zukunft“ sollten gegründet und von einem Team geleitet werden, dem ein Priester vorsteht.

„Der Bischof hat sich direkt nach der Synode hingestellt. ‚Großer Gott, wir loben dich‘ gesungen und gesagt, er werde das alles umsetzen“, sagt Cronauer. Doch was „das alles“ ist – darüber sind sich die Trierer Katholiken bis heute nicht im Klaren. Für den Generalvikar Ulrich Graf von Plettenberg lag das zunächst auch daran, dass viele die Synode nur am Rande wahrgenommen hatten. Aus Cronauers Sicht wurden „Zusammenhänge nicht deutlich erklärt und Fakten verharmlost“. Vor allem aber war nicht klar, was „das alles“ ist, weil die meisten strukturellen Änderungen erst in der Umsetzungsphase nach der Synode beschlossen werden sollten. Also interpretierten Arbeitsgruppen das Abschlussdokument der Synode und erstellten Vorlagen für den Bischof, auf deren Grundlage dieser entscheidet.

Michael Bollig ist Pfarrer in Trier und lehrt Dogmatik an der dortigen Universi-



Was wird aus den Fronleichnamprozessionen? Die Pfarrkirche St. Josef in Fischbach

Foto Cornelia Slick

tät. Er kritisiert, dass einige Arbeitsgruppen mit ihren Empfehlungen weit über die Beschlüsse der Synode hinausgegangen seien. Zwei Punkte stören ihn besonders. Der erste betrifft die Zahl der Pfarreien. Die Synode, an der auch Bollig teilnahm, hatte empfohlen, 60 Pfarreien zu gründen. Am Ende wurden es 35. Diese Festlegung sei „willkürlich“, sagt Bollig. Der zweite Punkt betrifft die nähere Bestimmung der „Pfarrei der Zukunft“. Sie soll Bollig zufolge hauptsächlich nach Schwerpunktthemen organisiert und nicht weiter territorial untergliedert werden. Der Trierer Pfarrer hält das für einen Irrweg. Es müsse in den Großpfarreien territoriale Einheiten geben, sagt Bollig. „Ich kann eine Pfarrei mit fast 100 000 Katholiken nicht nur nach Schwerpunktthemen organisieren.“

Mit der „Pfarrei der Zukunft“ werden sich auch die Besitzverhältnisse im Bistum ändern, weil die Kirchengemeinden fusioniert werden. Der Generalvikar sagt, die Initiative um Cronauer stelle sich gegen die Fusionierungen, weil die Menschen merken, es gehe jetzt „nicht nur um unsere pastorale Struktur, sondern es geht auch um die Vermögenswerte und Immobilien der Pfarrgemeinden“. Geht es also letztlich um Geld?

Nicht nur. Cronauer und andere fragen auch, was aus den Gemeinden wird, wenn sie Verantwortung und Zuständigkeiten abgeben müssen. Das Bistum Trier umfasst große Teile des Saarlandes und von Rheinland-Pfalz. Es war der saarländische Ministerpräsident Tobias Hans (CDU), der bei dem Spitzengespräch mit dem Bistumsleitung im November die Geistlichen darauf hinwies, dass die Kirchen in den meisten saarländischen Dörfern nach wie vor das Zentrum des Ortes seien. Die kirchliche Bindung sei eine der Hauptquellen für ehrenamtliches Engagement. „Eine Auflösung dieser zivilgesellschaftlichen Qualität würde den Zusammenhalt und die Lebensfähigkeit unserer Dörfer deutlich schwächen.“ Im selben Gespräch ging der Generalvikar auf die Umsetzung der Synode ein und sprach von einem Pro-

zess, der bei vielen zu „Verunsicherung und Angst“ führe. Die Kirche, so zitierte die Pressestelle des Bistums den Generalvikar weiter, werde im Dorf bleiben.

Cronauer befürchtet, dass das Gemeindeleben in Fischbach einschlafen wird, wenn die jetzige Pfarrei keinen eigenen Pfarrgemeinderat für die pastoralen Fragen und keinen Verwaltungsrat mehr hat. Die Räte seien eine wichtige Anlaufstelle für die Gruppen. An wen sollten sich die 16 Sternsingergruppen von St. Josef nach dem 1. Januar 2020 noch wenden? Wer wird den Besuch der Kranken organisieren? Was wird aus den Fronleichnamprozessionen? Viele Katholiken, die sich ehrenamtlich in Gremien engagieren, fühlen sich nun überflüssig, sagt Cronauer.

„Gemeinschaft und Beheimatung in allen Ehren – aber wir sind für alle Menschen da, nicht nur für die zehn Prozent der Katholiken, die sonntags in die Kirche kommen“, sagt der Generalvikar. Man nehme den Menschen nichts weg. „Was lebendig ist, wird weiter leben können und unterstützt werden.“ Wie das konkret aussehen wird, darüber müsse später an den jeweiligen Orten entschieden werden. Die neuen Großraumpfarreien jedenfalls sollen einen zentralen Sitz haben. Dieser soll Verwaltungsaufgaben übernehmen und ein grundlegendes seelsorgliches Angebot vorhalten. Gläubige können dort also unter anderem Gottesdienste besuchen und Sakramente empfangen. Auch in der Fläche werde es weiterhin viele Gottesdienste geben, heißt es. Weitere dezentrale Angebote an einzelnen Orten, die als „Kirchorte“ bezeichnet werden, sind laut Bistum von der Eigeninitiative der Katholiken abhängig, die darin von Mitarbeitern der Pfarrei unterstützt werden sollten. „Wir versuchen, mit der Synode eine Antwort auf die prägenden gesellschaftlichen Entwicklungen zu finden“, sagt der Generalvikar.

Eine solche Entwicklung ist Lörch zufolge, dass die Menschen nicht mehr an einem Ort leben, sondern in einer Region. Der Pastoraltheologe erhofft sich viel von den Reformen. Aus einer Studie über das

Landleben gehe hervor, dass es „verborgene, nicht abergerufene Ehrenamtsressourcen“ gebe, argumentiert Lörch. Die Erfahrungen in der Flüchtlingskrise bestärkten ihn in seinem Optimismus. Die Pfarrei der Zukunft, sagt er, dürfe „keine Fortsetzung der Pfarrgemeinde von gestern sein“. Er denkt an Basisgemeinschaften, die sich bilden. An Cafés mit Beratungsangeboten. Oder an Häuser der Pfarrei, in denen sich Gruppen treffen könnten und in denen zugleich ältere Menschen leben.

Der Streit über die Zukunft der Kirche von Trier ist auch ein Streit über ihren gegenwärtigen Zustand. Die Einschätzung Cronauers, dass es in vielen Pfarreien gut laufe, teilt man in Trier nicht. Die Situation sei von Ort zu Ort „sehr unterschiedlich“, heißt es in einem Flugblatt, das die Bistumsleitung am Tag der Demonstration vor dem Dom verteilen ließ. Viele Kirchengemeinde seien „finanziell und personell notleidend“. Das Durchschnittsalter der Gottesdienstbesucher steige auf bis zu sechzig Jahre. Zwanzig Pfarrgemeinschaften, in denen jeweils mehrere Pfarreien zusammengefasst sind, hätten keinen Priester. Dem Pastoraltheologen Lörch zufolge gilt nur für die „Kleinstpfarreien“ mit bis zu 1000 Gläubigen, dass sie „noch relativ gut laufen“. Einige Seelsorger hätten Schwierigkeiten, überhaupt noch Ehrenamtliche für die Räte zu finden. Bollig erscheint diese Sicht zu einseitig. Hier werde, sagt der Dogmatiker, „vom Defizit her Wirklichkeit konstruiert“.

Und während der Generalvikar sagt, in manchen Pfarreien seien Fronleichnamprozessionen eine traurige Veranstaltung, weil alle nur aus Pflichtgefühl hingen, kommt Cronauer ins Schwärmen, wenn er vom Fronleichnamfest in seiner Heimatgemeinde St. Josef Fischbach erzählt. In der Kirchengemeinde mit rund 2000 Katholiken würden etwa 400 Leute bei der Prozession mitgehen, beim anschließenden Pfarrfest kämen noch mal 100 dazu. Konsens herrscht bei allen Beteiligten allein darüber, dass Pfarrer von Verwaltungsaufgaben entlastet werden müssen und dass die Impulse der Synode insgesamt richtig seien. Bollig und Cronauer etwa loben das Synodendokument; doch die strukturellen Entscheidungen, die aus der Synode abgeleitet wurden, treiben einen Keil zwischen Unterstützer und Gegner der Reformen. Grob vereinfacht ließe sich sagen, dass die Befürworter die Gegenwart schlecht- und die Zukunft einer charismatischen Kirche von Trier schönreden und die anderen den umgekehrten Weg beschreiben. Sie halten an dem fest, was sie haben.

Die Initiative Kirchengemeinde vor Ort geht unterdessen auf die Barrikaden. Gemeinsam mit einer ähnlichen Protestbewegung aus dem Erzbistum Luxemburg hat sie Anfang Dezember angekündigt, in diesen Wochen zu analysieren, wie man beim Heiligen Stuhl in Rom und den europäischen Gerichten gegen die „ungewollten Reformen“ vorgehen könne. Nach Lörchs Worten steht der Kirche von Trier ein epochaler Einschnitt bevor. „Die letzte große Umstrukturierung, die eine so tiefgreifende Zäsur darstellte wie der jetzige Prozess, fand unter Napoleon statt.“



Wollen die Kirche im Dorf lassen: Demonstranten im Oktober in Trier

Foto dpa

## Frankfurter Allgemeine

Frankfurter Zeitung  
Gründungsherausgeber Erich Welter †

**VERANTWORTLICHE REDAKTEURE:** für Innenpolitik: Dr. Jasper von Altenbockum; für Außenpolitik: Klaus-Dieter Frankenberger; Dr. Nikolas Busse (stv.); für Nachrichten: Dr. Richard Wagner; für „Zeitgeschehen“: Dr. Reinhard Müller; für „Die Gegenwart“: Dr. Daniel Deckers; für Deutschland und die Welt: Dr. Alfons Kaiser; für Politik Online: Thomas Holl; für Wirtschaftspolitik: Heike Göbel; für Wirtschaftsberichterstattung: Johannes Pennekamp; für Unternehmen: Sven Astheimer; für Finanzen: Gerald Braunberger; für Wirtschaft und Finanzen Online: Alexander Armbruster, Christoph Schäfer; für Sport: Anno Hecker, Peter Penders (stv.); für Sport Online: Tobias Rabe; für Feuilleton: Dr. Edo Reents; Jakob Strobel y Serra (stv.); Hannes Hintermeier (stv.); für Literatur und literarisches Leben: Andreas Plattaus; für Feuilleton Online: Michael Hanfeld; für Rhein-Main-Zeitung: Dr. Matthias Alexander; Manfred Köhler (stv.)

**FÜR REGELMÄSSIG ERSCHEINENDE BEILAGEN UND SONDERSEITEN:** Beruf und Chance: Nadine Böss; Bildungsweiten: Dr. h.c. Heike Schmolz; Der Betriebswirt: Georg Giersberg; Der Volkswirt: Dr. Philip Plicker; Die Lounge: Johannes Pennekamp; Die Ordnung der Wirtschaft: Heike Göbel; Forschung und Lehre: Thomas Thiel; Geisteswissenschaften: Patrick Bahners; Immobilien: Michael Psotta; Jugend schreibt: Dr. Ursula Kals; Jugend und Wirtschaft: Lisa Becker; Kunstmarkt: Dr. Rose-Maria Gropp; Medien: Michael Hanfeld; Menschen und Wirtschaft: Dr. Jan Grossarth; Natur und Wissenschaft: Joachim

Müller-Jung; Neue Sachbücher: Hannes Hintermeier; Politische Bücher: Dr. Peter Sturm; Recht und Steuern: Dr. Hendrik Wieduwilt; Reisblatt: Freddy Langer; Staat und Recht: Dr. Reinhard Müller; Technik und Motor: Holger Appel.

**Bildredaktion:** Christian Pohler; **Chefin vom Dienst:** Dr. Elena Geus; **Grafische Gestaltung:** Holger Windfuhr (Art Director); **Informationsgrafik:** Thomas Heumann.

**ONLINE:** Chefredakteur digitale Produkte: Carsten Knop; Redaktionsleiter FAZ.net: Kai N. Pritzsche.

**GESCHÄFTSFÜHRUNG:** Thomas Lindner (Vorsitzender); Dr. Volker Breid.

**VERANTWORTLICH FÜR ANZEIGEN:** Ingo Müller; für Anzeigenproduktion: Andreas Gierth.

Anzeigenpreisliste Nr. 78 vom 1. Januar 2018 an; für Stellenanzeigen: FAZ-Stellenmarkt-Preisliste Nr. 12 vom 1. Januar 2018 an.

**MONATSBEZUGSPREIS:** Abonnement Frankfurter Allgemeine Zeitung 64,90 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 71,90 €; Studierende (gegen Vorlage einer Bescheinigung) 32,40 €, einschließlich Frankfurter Allgemeine Hochschulanzeiger 32,90 €, einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 37,90 €. Bei Postbezug der Sonntagszeitung erfolgt die Lieferung am Montag – bei Feiertagen am darauffolgenden Werktag. Frankfurter Allgemeine Zeitung im Ausland 73,50 € einschließlich Porto, gegebenenfalls zuzüglich Luftpostgebühren. Alle Preise bei Zustellung frei Haus, jeweils einschließlich Zustell- und Versandgebühren sowie 7 % Umsatzsteuer. Das digitale Kombi-Angebot (E-Paper) der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung 46,90 €; Studierende

(gegen Vorlage einer Bescheinigung) 30,90 €. Abonnement der digitalen Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung; einschließlich der digitalen Frankfurter Allgemeine Zeitung am Samstag (Wochenendabonnemnt E-Paper) 16,90 €. Einzelverkaufspreis der digitalen FAZ: 2,00 €; der digitalen FAZ: 3,50 €; jeweils einschließlich 19 % Umsatzsteuer. Weitere Preise auf Anfrage oder unter www.faz.net. Die FAZ erscheint wöchentlich, die Sonntagszeitung an jedem Sonntag – auch an Feiertagen. Ihre Daten werden zum Zweck der Zeitungszustellung an Zustellpartner und an die Medienservice GmbH & Co. KG, Hellerhofstraße 2–4, 60327 Frankfurt am Main, übermittelt. Abonnementskündigungen sind schriftlich mit einer Frist von 20 Tagen zum Monatsende bzw. zum Ende des vorausberechneten Bezugszeitraumes möglich. Gerichtsstand Frankfurt am Main.

**NACHDRUCKE:** Die Frankfurter Allgemeine Zeitung wird in gedruckter und digitaler Form vertrieben und ist aus Datenbanken abrufbar. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung oder der in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen, besonders durch Vervielfältigung oder Verbreitung, ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urheberrecht nicht anderes ergibt. Besonders ist eine Einspeicherung oder Verbreitung von Zeitungsinhalten in Datenbanksystemen, zum Beispiel als elektronischer Pressespiegel oder Archiv, ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Sofern Sie Artikel dieser Zeitung nachdrucken, in Ihr Internet-Angebot oder in Ihr Internat übernehmen oder per E-Mail versenden wollen, können Sie die erforderlichen Rechte bei der FAZ GmbH online erwerben unter www.faz-rechte.de. Auskunfts erhalten Sie unter nutzungsrechte@faz.de oder telefonisch unter (069) 7591-2901. Für

die Übernahme von Artikeln in Ihren internen elektronischen Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte unter www.presse-monitor.de oder telefonisch unter (030) 28 49 30, PMG Presse-Monitor GmbH.

© FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG GMBH, FRANKFURT AM MAIN  
**DRUCK:** Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Kurhusenstraße 4–6, 64546 Mörfelden-Walldorf; Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH Potsdam, Friedrich-Engels-Straße 24, 14473 Potsdam; Süddeutscher Verlag Zeitungsdruck GmbH, Zamdorfer Straße 40, 81677 München.

Amthliches Publikationsorgan der Börse Berlin, Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, Frankfurter Wertpapierbörse, Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg, Niedersächsischen Börse zu Hannover, Börse München, Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart

**ANSCHRIFT FÜR VERLAG UND REDAKTION:**  
Postadresse: 60267 Frankfurt am Main, Hausanschrift: Hellerhofstraße 2–4, 60327 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

**TELEFON:** (069) 7591-0. Anzeigenservice: (069) 7591-33 44. Kundenservice: (0 69) 75 91-10 00 oder www.faz.net/meinabo.  
Telefax: Anzeigen (0 69) 75 91-23 33; Redaktion (0 69) 75 91-17 43; Kundenservice (0 69) 75 91-21 80.

**BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER: leserbriefe@faz.de**

Deutsche Postbank AG, Frankfurt am Main;  
IBAN: DE58 5001 0060 0091 3936 04; BIC: PBNKDEFF

## Wichtiges in Kürze

### Fünftes Opfer gestorben

Fünf Tage nach dem Anschlag in Straßburg ist ein weiteres Opfer seinen Verletzungen erlegen. Bei dem Verstorbenen handelt es sich um einen Polen, bestätigte die Pariser Staatsanwaltschaft am Sonntagabend. Damit stieg die Zahl der Getöteten auf fünf. Unklar blieb zunächst, ob es sich bei dem Polen um jenen Mann handelt, der bereits vor Tagen für hirntot erklärt worden war. Am Sonntag gedachten in Straßburg rund tausend Menschen der Opfer des islamistischen Anschlags. Sie versammelten sich auf dem zentralen Kléber-Platz vor einem improvisierten Mahmal. Den Abschluss der Kundgebung bildete „eine Minute des Lärms“, nach der die Menge spontan die Nationalhymne anstimmte. Die Ermittlungen dauern derweil an. Sechs der sieben Festgenommenen aus dem Umfeld des Angreifers Chérif Chekatt wurden wieder freigelassen. (dpa/AFP)

### Ausschreitungen in Belgien

In Brüssel sind am Sonntag mehrere tausend Menschen einem Aufruf rechtsradikaler Parteien zu Protesten gegen den UN-Migrationspakt gefolgt. Bei der Kundgebung im Europaviertel kam es zu Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und Demonstranten, von denen einige die Gebäude der EU angriffen. Die Polizei setzte Tränengas und Wasserwerfer ein. Bis zum Abend nahm sie nach Angaben der Agentur Belga mindestens 90 Menschen fest. Die Polizei bezifferte die Zahl der Kundgebungsteilnehmer auf rund 5500. Mehrere der Demonstranten beschädigten nach Behördenangaben die Außenfassaden von Gebäude der Europäischen Union und bewarfen Polizisten mit Gegenständen. Die Demonstranten forderten auch den Rücktritt von Premierminister Charles Michel, dessen Regierungsbündnis am Streit über den Migrationspakt zerbrochen war. (AFP)

### Demonstration gegen Vučić

In Belgrad sind am Samstag abermals Tausende Personen auf die Straße gegangen, um gegen „die Gewalt“ des serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić und seiner Regierung gegen Opposition und Medien zu protestieren. Die Demonstranten versammelten sich bei starkem Schneefall im Zentrum der Hauptstadt. Angeführt wurde sie von mehreren Oppositionsführern, darunter der frühere Außenminister Vuk Jeremić und der Belgrader Bürgermeister Dragan Djilas. Hintergrund ist ein Angriff auf einen Oppositionspolitiker im November. Das Oppositionsbündnis Allianz für Serbien, dem unterschiedlichste Parteien angehören, vermutet, dass es sich bei den Angreifern um Anhänger von Vučićs Serbischer Fortschrittspartei (SNS) handelte. (AFP)

### Regierungskrise beendet

Die Staatskrise in Sri Lanka ist vorerst beendet: Der Ende Oktober geschasste Ministerpräsident Ranil Wickremesinghe ist am Sonntag wieder in sein Amt eingesetzt worden. „Höchste Priorität hat die Wiederherstellung der Normalität“, sagte der alte und neue Regierungschef in einer kurzen Botschaft an die Nation. Zuvor war er von Präsident Maithripala Sirisena vereidigt worden – derselben Mann, der ihn beinahe zwei Monate zuvor des Amtes entthronen hatte. Wickremesinghe dankte dem Parlament und „all jenen, die sich dafür eingesetzt haben, die Demokratie wiederherzustellen“. Staatschef Sirisena hatte den Regierungschef am 26. Oktober abgesetzt und damit einen Machtkampf ausgelöst, der das südasienische Land in eine Staatskrise stürzte und die Regierungsgeschäfte zum Stillstand brachte. Wickremesinghe weigerte sich nach seiner Absetzung, seinen Posten zu räumen. (AFP)

### Waffenruhe im Jemen hält nicht

Nach neuer Gewalt im Jemen hat der UN-Sondergesandte Martin Griffiths Regierungstruppen und Rebellen zur sofortigen Einhaltung der vereinbarten Waffenruhe aufgerufen. „Der Sondergesandte erwartet von den beiden Parteien, dass sie ihre Verpflichtungen gemäß dem Text und Geist des Stockholmer-Abkommens respektieren“, teilte Griffiths am Sonntag über den Kurznachrichtendienst Twitter mit. Die international anerkannte Regierung und die schiitischen Huthi-Rebellen hatten sich am Donnerstag bei den Friedensgesprächen in Schweden auf eine Waffenruhe für die strategisch wichtige Hafenstadt Hudaida geeinigt. Trotzdem geht die Gewalt weiter. (dpa)